

Der Oberbürgermeister
Jochen Partsch

Postfach 11 10 61
64225 Darmstadt

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Frau Stadtverordnete
Martina Hübscher-Paul
Robert-Schneider-Straße 72
64289 Darmstadt

Der Oberbürgermeister
Jochen Partsch

Neues Rathaus am Luisenplatz
Luisenplatz 5 A
64283 Darmstadt
Telefon: 06151 13-2201 – 04
Telefax: 06151 13-2205
Internet: <http://www.darmstadt.de>
E-mail: oberbuergermeister@darmstadt.de

Datum:
16.02.2017

**Ihre kleine Anfrage vom 03.02.2017
Zum Umgang der Stadt Darmstadt mit sogenannten „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“**

Sehr geehrte Frau Hübscher-Paul,

Ihre kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

Vorbemerkung:

Eine der Tageszeitung „Handelsblatt“ vorliegende Umfrage der Kanzlei Luther zur Geltendmachung von Fantasieforderungen durch „Reichsbürger“ legt nahe, dass viele Kommunen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf den Umgang mit sogenannten „Reichsbürgern“ unzureichend vorbereitet sind (<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/malta-masche-kommunen-laut-umfrage-schlecht-auf-reichsbuerger-vorbereitet/14840286-2.html>).

An der im August und September 2016 durchgeführten Befragung haben 54 Städte und Kreise teilgenommen. Nach der Auswertung der Ergebnisse ergibt sich folgendes Bild: Fast alle befragten Kommunen hatten schon einmal Kontakt mit „Reichsbürgern“ (98 Prozent). Über zwei Drittel der Teilnehmer (68,5 Prozent) wurden sogar schon mehr als zehn Mal von „Reichsbürgern“ kontaktiert. Auch das Darmstädter Echo geht in seinem Artikel vom 30.01.2017 „Ignorieren statt diskutieren“ auf diese Problemlage ein.

Das Landesamt für Verfassungsschutz in Hessen hat im November 2016 nochmals seine Handlungsempfehlungen zum Umgang mit den sogenannten „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ aus dem Jahr 2013 erneuert und den Landesbehörden anheimgestellt, Handlungsempfehlungen für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu formulieren.



Frage 1:

Hatte die Stadt Darmstadt schon Kontakt mit „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“? Wenn ja, in welchem Umfang in den letzten 12 Monaten?

Antwort:

Erste Schreiben von Personen an die Wissenschaftsstadt Darmstadt, in denen auf Grund der Wortwahl im Schriftverkehr oder im direkten Kontakt von sogenannten Reichsbürgern ausgegangen werden kann, sind vor ca. drei Jahren in Folge von Mahnungen oder Vollstreckungsankündigungen eingegangen. Daher ist vornehmlich die Stadtkasse/Finanzverwaltung von Kontakten mit Reichsbürgern betroffen. In den letzten drei Jahren sind im Bereich der Stadtkasse ca. 15 Fälle aufgetreten (ca. fünf pro Jahr).

In den Antwortschreiben der Reichsbürger auf Mahnungen oder Vollstreckungsankündigungen wird die rechtmäßige Gründung der Bundesrepublik Deutschland, des Landes Hessen und teilweise auch der Stadt Darmstadt bestritten. In der Folge werden die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland und darauf aufbauende Forderungen der öffentlichen Hand nicht anerkannt. Mahnungen und Vollstreckungsankündigungen werden als „Angebot“ der „Firma Stadt Darmstadt“ gewertet, das nicht angenommen wird.

In vereinzelt Fällen ist es auch zu Dienstaufsichtsbeschwerden von Reichsbürgern gegenüber den Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern der Finanzverwaltung gekommen.

Im Jahr 2016 hat sich ein Bürger beim Amt für Soziales und Prävention beschwert, dass er Leistungen nach dem SGB II erhalten muss, obwohl er das System nicht anerkennt, und um Leistungen nach dem SGB XII gebeten. Dies wurde ihm aufgrund der gesetzlichen Vorgaben abgelehnt. Der Bürger hat bei seiner Beschwerde die Reichsbürgerargumentation verwendet.

Beim Bürger- und Ordnungsamt sind so genannte Reichsbürger bislang nur vereinzelt in Erscheinung getreten. Die Fälle werden nicht besonders erfasst. Erkenntnisse über Reichsbürger, die im Besitz waffenrechtlicher Erlaubnisse sind, gibt es nicht.

Bei der Pass- und Personalausweisstelle ist es beispielsweise vorgekommen, dass eine Person ihren Verzicht auf die deutsche Staatsangehörigkeit bekannt gegeben und seinen Personalausweis zwecks Vernichtung übersandt hat. In anderen Fällen bestehen Personen auf die Ausstellung vorläufiger Reisepässe, da sie sich nicht als Einwohner der BRD ansehen. Derartige Fälle werden der Abteilung Staatsschutz beim PP Südhessen gemeldet.

Frage 2:

Hat der Magistrat, auch zum Schutz seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Handlungsanweisungen zum Umgang mit der Personengruppe der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ herausgegeben?

a) Wenn ja, wie gestalten sich diese Handlungsanweisungen?

b) Wenn nein, wann erwägt der Magistrat die Aufstellung entsprechender Handlungsanweisungen (z. B. angelehnt an die „Hilfestellungen im Umgang mit Rechtsextremismus – Umgang mit Reichsregierungen und Reichsbürgern“ des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen, Mai 2013 und dem Erlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 16.12.2016) für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Darmstadt?

Antwort:

Beim Umgang mit Reichsbürgern wird entsprechend den Handlungsempfehlungen des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen vorgegangen, die der Verwaltung bekannt sind. Zudem besteht ein regelmäßiger Informationsaustausch mit dem Landesamt für Verfassungsschutz. So sind zum einen mutmaßliche Reichsbürger von der Wissenschaftsstadt Darmstadt an das Landesamt für Verfassungsschutz zu melden, zum anderen hat die Stadt Darmstadt darum gebeten, bei einer besonderen Gefährdungslage entsprechende Hinweise zu erhalten.

Die Erfahrungen zeigen, dass eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Argumenten der Reichsbürger nicht zielführend ist. Daher gilt als Handlungsempfehlung für die Beschäftigten, sich weder im Schriftverkehr noch in Telefongesprächen auf eine Diskussion um die rechtmäßige Gründung der Bundesrepublik Deutschland u.a. einzulassen und die Verwaltungstätigkeit gemäß der geltenden Rechtslage fortzusetzen.

Frage 3:

Wurde, wenn ja wo (zugeordnet) und in welchem Rahmen, eine Anlaufstelle eingerichtet, an die sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung wenden können, die mit „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ in Kontakt kamen?

Antwort:

Da sich die Kontakte mit Reichsbürgern bislang weitgehend die Stadtkasse konzentrieren, erscheint die Schaffung einer stadtweiten, zentralen Anlaufstelle, zumindest derzeit noch, entbehrlich. Der Leiter der Stadtkasse berichtet dem zuständigen Dezernenten regelmäßig über Vorkommnisse und bespricht das weitere Vorgehen.

Mit freundlichen Grüßen



Jochen Partsch
Oberbürgermeister

Verteiler:

Büro der Stadtverordnetenversammlung
und Gremiendienste

Pressestelle zur Kenntnis
 zur Veröffentlichung

Dezernate II, III, IV, V

Rechtsamt